



Herrn Präsident
Jürgen Mandl MBA
Wirtschaftskammer Kärnten
Europaplatz 1
9020 Klagenfurt am WS

Klagenfurt, am 28. April. 2026

**Antrag der Freiheitlichen Wirtschaft Kärnten
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten am 19.Mai 2026**

**Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der steigenden Insolvenzen und zur Entlastung
der Betriebe**

Die aktuellen Entwicklungen der Wirtschaftslage in Kärnten sind äußerst besorgniserregend. Die Zahl der Firmeninsolvenzen ist um mehr als 41 Prozent gestiegen. Diese dramatische Zunahme stellt einen klaren Hinweis auf strukturelle Fehlentwicklungen in der derzeitigen Wirtschaftspolitik dar.

Insbesondere die anhaltend hohen Energiepreise, die massiven Teuerungen in zahlreichen Bereichen sowie die zusätzliche Belastung durch die CO₂-Bepreisung führen dazu, dass immer mehr Betriebe in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer sehen sich nicht mehr in der Lage, ihre Kosten zu decken und ihre Unternehmen nachhaltig zu führen.

Darüber hinaus stellt die zunehmende Bürokratie eine erhebliche Belastung für die heimische Wirtschaft dar. Der administrative Aufwand bindet wertvolle Ressourcen, die für Investitionen, Innovationen und die Sicherung von Arbeitsplätzen dringend benötigt werden.

Diese Rahmenbedingungen gefährden nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, sondern auch den Wirtschaftsstandort insgesamt.

Die Freiheitliche Wirtschaft stellt daher folgenden

Antrag:

Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich für die Umsetzung folgender Maßnahmen einzusetzen:

1. Sofortige Entlastung bei Energiekosten für Betriebe durch gezielte Fördermaßnahmen und Abgabenreduktionen.
2. Evaluierung und Aussetzung belastender CO₂-Abgaben, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.
3. Konsequenter Bürokratieabbau, insbesondere durch Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und Reduktion von Berichtspflichten.
4. Einführung eines Entlastungspakets für Betriebe, um Liquidität zu sichern und Insolvenzen vorzubeugen.
5. Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kärnten durch nachhaltige und unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen.

Begründung:

Die vorliegenden Zahlen zeigen deutlich, dass ein rasches und entschlossenes Handeln erforderlich ist. Ohne wirksame Gegenmaßnahmen droht eine weitere Verschärfung der Insolvenzwelle mit erheblichen negativen Auswirkungen auf Beschäftigung, Wertschöpfung und regionale Stabilität.

Es ist daher im Interesse des Wirtschaftsstandorts Kärnten, der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, umgehend Maßnahmen zu setzen, die den Betrieben wieder Luft zum Atmen geben und langfristige Planungssicherheit schaffen.



WP Delegierter
KommR Günther G. Burger



WP Delegierter LIM-Stv.
KommR Friedrich Reinbold